

Harney, Klaus; Herrmann, Ulrich G.; Großewinkelmann, Johannes; Schwankl, Claudia; Feldmann, Henning; Peeters, Kerstin

## **Die Klassifizierung von Schulen als Mittel der Schulsteuerung und lokalen Profilbildung. Begleitumstände, nachkriegszeitliche Anpassungsprobleme und aktuelle Folgen der Klassifizierung des berufsbildenden Schulwesens seit den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts**

*Zeitschrift für Pädagogik 52 (2006) 1, S. 108-126*



Quellenangabe/ Reference:

Harney, Klaus; Herrmann, Ulrich G.; Großewinkelmann, Johannes; Schwankl, Claudia; Feldmann, Henning; Peeters, Kerstin: Die Klassifizierung von Schulen als Mittel der Schulsteuerung und lokalen Profilbildung. Begleitumstände, nachkriegszeitliche Anpassungsprobleme und aktuelle Folgen der Klassifizierung des berufsbildenden Schulwesens seit den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts - In: Zeitschrift für Pädagogik 52 (2006) 1, S. 108-126 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-44483 - DOI: 10.25656/01:4448

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-44483>

<https://doi.org/10.25656/01:4448>

in Kooperation mit / in cooperation with:

# **BELTZ**

<http://www.beltz.de>

### **Nutzungsbedingungen**

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### **Terms of use**

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

### **Kontakt / Contact:**

**peDOCS**

DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation

Informationszentrum (IZ) Bildung

E-Mail: [pedocs@dipf.de](mailto:pedocs@dipf.de)

Internet: [www.pedocs.de](http://www.pedocs.de)

Mitglied der

  
Leibniz-Gemeinschaft

## Inhaltsverzeichnis

### Thementeil: Bildung – Macht – Gesellschaft

<i>Micha Brumlik/Heinz-Elmar Tenorth</i> „Bildung – Macht – Gesellschaft“. Zur Einleitung in den Thementeil .....	1
<i>Klaus Prange</i> Erziehung im Reich der Bildung .....	4
<i>Jürgen Kaube</i> Bildung nach Dreeben .....	11
<i>Marcelo Caruso</i> Der umgekehrte Pfeil. Analytische und politische Potenziale der Idee einer „Bildungsgesellschaft“ .....	19
<i>Jeanette Böhme</i> Machtformationen medienkultureller Bildungsarchitekturen. Aura und Charismatisierung – Kopie und Standardisierung – Code und Regulierung .....	27
<i>Heinz-Elmar Tenorth</i> Macht und Regierung – oder die asymmetrische Ordnung der Bildung .....	36
<i>Gert G. Wagner</i> Ökonomie(sierung) und Bildung – Plädoyer für ein entspannteres Verhältnis .....	43
<i>Frank-Olaf Radtke</i> Erziehung, Markt und Gerechtigkeit .....	52
<i>Micha Brumlik</i> „Kultur“ ist das Thema. Pädagogik als kritische Kulturwissenschaft .....	60

### Allgemeiner Teil

<i>Marten Clausen</i> Warum wählen Sie genau diese Schule? Eine inhaltsanalytische Untersuchung elterlicher Begründungen der Wahl der Einzelschule innerhalb eines Bildungsgangs .....	69
---	----

<i>Arnd-Michael Nohl</i>	
Die Bildungsamkeit spontanen Handelns. Phasen biografischer Wandlungsprozesse in unterschiedlichen Lebensaltern .....	91
<i>Klaus Harney/Ulrich G. Herrmann/Johannes Großewinkelmann/ Claudia Schwankl/Henning Feldmann/Kerstin Peeters</i>	
Die Klassifizierung von Schulen als Mittel der Schulsteuerung und lokalen Profilbildung. Begleitumstände, nachkriegszeitliche Anpassungsprobleme und aktuelle Folgen der Klassifizierung des berufsbildenden Schulwesens seit den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts .....	108
<i>Pia Schmid</i>	
Kinderkultur als Forschungskonstrukt. Ein Ereignis aus dem Jahr 1727 .....	127
 <i>Besprechungen</i>	
<i>Carl-Ludwig Furck</i>	
Klaus-Peter Horn: Erziehungswissenschaft in Deutschland im 20. Jahrhundert. Zur Entwicklung der sozialen und fachlichen Struktur der Disziplin von der Erstinstitutionalisierung bis zur Expansion	
Klaus-Peter Horn/Hans-Georg Herlitz/Christa Berg (Hrsg.): Kleine Geschichte der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft. Eine Fachgesellschaft zwischen Wissenschaft und Politik	
Rudolf Tippelt/Thomas Rauschenbach/Horst Weishaupt (Hrsg.): Datenreport Erziehungswissenschaft 2004 .....	149
<i>Ludwig Stecher</i>	
Detlef H. Rost: Interpretation und Bewertung pädagogisch-psychologischer Studien. Eine Einführung .....	154
<i>Martin Rothland</i>	
Bernhard Gill: Schule in der Wissensgesellschaft. Ein soziologisches Studienbuch für Lehrerinnen und Lehrer .....	156
 <i>Dokumentation</i>	
Pädagogische Neuerscheinungen .....	160

Klaus Harney/Ulrich G. Herrmann/Johannes Großewinkelmann/Claudia Schwankl/  
Henning Feldmann/Kerstin Peeters

## Die Klassifizierung von Schulen als Mittel der Schulsteuerung und lokalen Profilbildung

*Begleitumstände, nachkriegszeitliche Anpassungsprobleme und aktuelle Folgen der Klassifizierung des berufsbildenden Schulwesens seit den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts*

**Zusammenfassung:** Die Unterscheidung zwischen Berufsschulen, Berufsfachschulen und Fachschulen geht auf einen Erlass des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung von 1937 zurück. Der Erlass, seine Genese und seine langfristigen strukturellen Auswirkungen auf die Benennung der beruflichen Schulen werden unter Zugrundelegung von Dokumenten aus dem DFG-Forschungsprojekt „Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte: Band V: Das Berufsbildende Schulsystem in Deutschland 1815-1945“ untersucht und in einen größeren Entwicklungszusammenhang eingeordnet. Besondere Aufmerksamkeit gilt dem Verhältnis zwischen der in den 1930er-Jahren entstandenen Klassifikation, dem Funktionszuwachs der beruflichen Schulen und ihrer Verflechtung mit dem Abschluss- und Berechtigungssystem der allgemeinbildenden Schulen.

Die Unterscheidung von Berufsschulen, Berufsfachschulen und Fachschulen (im Folgenden abgekürzt als BS, BFS und FS) gehört heute zu den begrifflichen Routinen, welche die Beschreibbarkeit des beruflichen Schulsystems in Deutschland sicherstellen. In der historischen Berufsbildungsforschung wird sie den nachhaltigen Strukturierungsleistungen der nationalsozialistischen Schuladministration zugerechnet. Als aussagekräftiges Dokument gilt der Erlass des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 29. Oktober 1937 zur „Vereinheitlichung der Benennung der Berufs- und Fachschulen“, der die berufsbildenden Schulen im Deutschen Reich den drei Schultypenkategorien ‚Berufsschule‘, ‚Berufsfachschule‘ und ‚Fachschule‘ zuordnete (vgl. REM 1; Barth 1938, 1939; Grüner 1983). Zwar sind eine Reihe von Benennungen später dazugekommen; zieht man die Verordnungs- und Regelungspraxis auf KMK- und Länderebene heran, dann wird jedoch deutlich, dass die jüngeren Benennungen nichts anderes als Ausdifferenzierungen der in den 1930er-Jahren eingeführten Kategorien darstellen. Insofern kommt diesen Kategorien der Stellenwert eines basalen und bis heute konservierten Klassifikationssystems zu.

Die Rekonstruktion des Klassifikationssystems der beruflichen Schulen war lange Zeit ein Desiderat, zu dem erst mit der Studie von Schütte (2003a) weitergehende Aufschlüsse zugänglich gemacht wurden. Thematisch hat die Arbeit von Schütte allerdings die Differenzierung des technischen Fachschulwesens und nicht die Klassifikationsthematik selbst in ihren langfristigen Auswirkungen im Blick. Deshalb werden im Folgenden der angesprochene Erlass von 1937, die Begleitumstände seines Zustandekommens

und seine langfristigen strukturellen Auswirkungen auf die Benennung der beruflichen Schulen unter dem Aspekt der Klassifizierung beruflicher Schulen näher untersucht. Besondere Aufmerksamkeit gilt dem Verhältnis zwischen der in den 1930er-Jahren entstandenen Klassifikation, dem Funktionszuwachs der beruflichen Schulen nach 1945 und ihrer Verflechtung mit dem Abschluss- und Berechtigungssystem der allgemeinbildenden Schulen.

### **1. Abgrenzung, Zuordnung und lokale Problemlage: Klassifizierung als institutionengeschichtliche Kategorie**

Ungeachtet der administrativen Strukturierungsleistungen der damaligen Zeit wirft der Umgang mit Schultypenbezeichnungen im beruflichen Schulsystem auch heute noch Zuordnungs- und Abgrenzungsschwierigkeiten auf. Für das gesamte Schulsystem gilt, dass Abgrenzungsunschärfen aus Funktionszuwachsen resultieren, die entweder als Ausdifferenzierungen innerhalb eines schultypenspezifischen Unterrichtsangebots auftreten (z.B. im Falle des Gymnasiums in Form bilingualer Zweige, neuer Leistungskurse, geänderter Sprachenfolgen etc.), oder aber das Funktionsspektrum von wenigstens zwei Schultypen angleichen und dadurch bisherige Funktionsgrenzen durchbrechen (z.B. die Vergabe des Hauptschulabschlusses durch Gymnasien, die Integration vollständiger beruflicher Ausbildungen in beruflichen Schulen, die Vergabe der Fachhochschulreife durch Fachschulen etc.).

Für das berufliche Schulsystem enthielt die Durchsetzung eines übergreifenden Benennungs- bzw. Klassifikationssystems in den 1930er-Jahren eine weitere Besonderheit. Diese Besonderheit resultiert aus der Aufteilung des institutionellen Raums der Berufsbildung in konkurrierende institutionelle Aggregate: Dem Aggregat des an Betriebe und überbetriebliche Korporationen angeschlossenen Ausbildungsberufs steht das Aggregat der laubbahn- und berechtigungsgestützten Schulhierarchie gegenüber (vgl. Greinert 1998). Beide Aggregate vertreten unterschiedliche Zentren der Anerkennungsdistribution: Der Ausbildungsberuf bezieht seine Anerkennungsressourcen aus der auf betriebliche Ausbildungsleistungen gestützten ausbildungsberuflichen Lehre und der durch sie eröffneten beruflichen Fortbildung. Die Schulhierarchie bezieht ihre Anerkennungsressourcen letztlich aus einer Stufenleiter der Schulabschlüsse, die von der Hochschulreife und dem darauf aufbauenden Hochschulstudium nach unten abgeleitet ist. Mit der Durchsetzung eines generalisierten, die BS einschließenden Klassifikationssystems der beruflichen Schulen wurden vor allem die Anerkennungsressourcen aus dem Aggregat des beruflichen Schulsystems bearbeitet, während die institutionelle Entwicklung des Ausbildungsberufs auf andere Machtzentren und Akteurkonstellationen konzentriert und deshalb für das System nicht aktiv, sondern passiv – als Anhaltspunkt für Akzeptanz, Koordination und Zuordnung von Angebotstrukturen (z.B. Berufsgrundbildung, Berufsvorbereitung) – von Bedeutung war.

Der Erlass von 1937 hob das Prinzip des lokalen Nebeneinanders von Klassifikationen im beruflichen Schulwesen auf (vgl. Harney 1991). Durch die Auflösung der föde-

ralen Strukturen im Bildungswesen, hieß es damals zur Begründung, „entstand [...] die unbedingte Notwendigkeit zur Aufräumung [einer] babylonischen Benennungswirrnis [...]. Diese Aufgabe [...] war nicht einfach, sollte sie ja doch nicht mechanisch durchgeführt werden, sondern alle wertvollen Entwicklungen in allen Reichsteilen umfassen“ (Federle 1937, Bl. 178).

Der Erlass schuf ein Klassifikationssystem, dem sich die lokalen Institutionen zuordnen mussten, das aber von einer politisch schwachen Schuladministration getragen wurde und deshalb in dem betrieblich verankerten institutionellen Bereich des Ausbildungsberufs keine klassifizierende Wirkung entfalten konnte (vgl. Schütte 2004).

Der Prozess der Ausdehnung und Durchsetzung von Klassifikationen im beruflichen Schulwesen setzte über die Fortbildungsschulen (im Folgenden abgekürzt als FBS) wie auch über die FS ab etwa 1880 ein. Pflicht-FBS, Handelsschulen, Höhere FS, FS etc. waren im 19. Jahrhundert auf lokale Problemlagen ausgerichtet und verteilt (vgl. Wehrmeister 1995). Der Begriff der lokalen Problemlage bezieht sich hierbei nicht nur auf die jeweilige Lage vor Ort, sondern generell und abstrakter auf die Verortung beruflicher Schulen in den verschiedenen institutionellen Handlungsbereichen der staatlichen Administration, der korporativen und kommunalen Selbstverwaltung sowie der Politik selbst mit ihren jeweils eigenen Logiken der Präferenzbildung und Problemwahrnehmung. Charakteristisch ist die Systemungebundenheit, mit der lokale Problemlagen die Benennung und den Organisationsaufbau von FBS und FS zunächst bestimmen konnten. Mit der Durchsetzung des Klassifikationssystems ist es dann nicht mehr die lokale Problemlage, sondern das System, welches die Benennung und den institutionellen Ort der Zugehörigkeit von Schulen vorgibt. *In der Rückkoppelung wirken sich dann aber Schwächen des Klassifikationssystems wiederum in der Form von lokalen Problemlagen aus.*

Reichsweit ist Ende des ausgehenden 19. Jahrhunderts beobachtbar, dass die BS- und FS-Politik in den Ländern den Pflichtcharakter der unteren Ebene der beruflichen Schulen durchsetzte und dadurch ihren Charakter als lokale Volksbildungseinrichtung ablöste (vgl. Seitter 1999). Es wurde immer schwieriger – und schließlich unmöglich –, die Funktion des im 19. Jahrhundert üblichen freiwilligen Schulbesuchs von alters- und statusgemischten Gruppen in der BS anzusiedeln. Auch die Funktion der FS, die im Rahmen der Fortbildung von Gesellen und Arbeitern im 19. Jahrhundert nicht nur an FS, sondern ebenfalls an FBS (den späteren BS) wahrgenommen werden konnte, ließ sich dort schon vor 1914 nicht mehr ohne weiteres verorten. Insofern kann man von einem Klassifizierungsprozess sprechen, der aber noch nicht alle Bereiche erfasst hatte: So blieben im FS-Bereich lokale Problemlagen in der Form von Branchenbesonderheiten erhalten. Baugewerkschulen und Textilfachschulen waren anders strukturiert als Maschinenbauschulen. Der im Maschinenbausektor eingeführte Typus der höheren FS hatte sich dort bis zum Ersten Weltkrieg noch nicht in vergleichbarer Form etabliert. Im Hinblick auf die schulische Vorbildung der Klientel waren Baugewerk- und Textilfachschulen mit den niederen FS des Maschinenbaus vergleichbar. Allerdings ist bei den Baugewerkschulen der Prozess der Formenübernahme nach 1900 bereits erkennbar. Die 1902 zunächst versuchsweise an den Baugewerkschulen in Köln, Stettin und Kattowitz

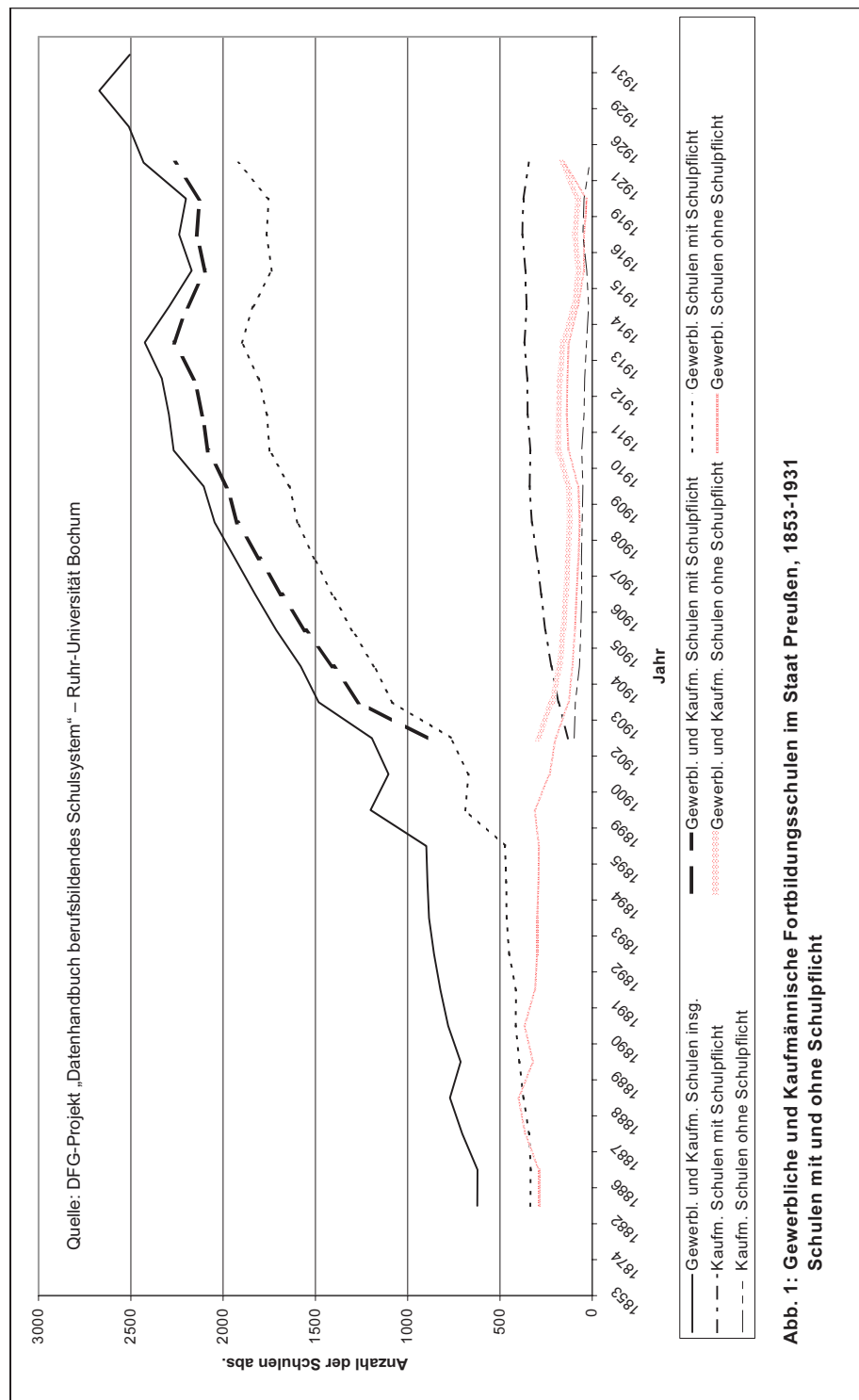
eingerrichteten „Polierklassen“ firmierten als „Baufachschule mit niedrigeren Lehrzielen“ bzw. als „niedere Bauhandwerkerschulen“. Tatsächlich handelt es sich hier um die Einführung einer auf einen zweisemestrigen Kursus reduzierten niederen FS-Alternative zur (höheren) Baugewerkschule (vgl. Simon 1902/1990, S. 763; Lexis 1904, S. 51). Eine Reihe von Textilschulen wie die Anstalten in Krefeld und Berlin, Aachen, Barmen, Cottbus und Sorau verfügten bereits um die Jahrhundertwende über Abteilungen, die ihrem Anforderungsprofil nach ein höheres FS-Niveau erreichten (vgl. Simon 1902/1990, S. 775ff.). In den Maschinenbauschulen aber wurde mit der Unterscheidung von niederen und höheren FS die heute geltende Unterscheidung zwischen fachschulischer Karriere für Absolventen des beruflichen Ausbildungssystems (z.B. Fortbildung zum staatlich geprüften Techniker) und hochschulischer bzw. quasi-hochschulischer Karriere für Absolventen des allgemeinen Schulsystems präformiert (generell zu den Branchenbesonderheiten und überdauernden Effekten der Hoch- und Fachschuldifferenzierung; vgl. Lundgreen 1994, S. 50ff.). Die staatlich vorangetriebene Klassifikation von niederen und höheren FS setzte jedenfalls im Maschinenbausektor ein und dehnte sich erst später systematisch auf die übrigen FS aus (vgl. Schütte 2003a, S. 265). Die lose Koppelung lokaler Praktiken der Benennung und Funktionszuweisung im FS-Bereich geriet zunehmend unter Druck, wurde aber erst mit dem Erlass von 1937 einer umfassenden Bereinigung unterzogen.

Infolge der Machtübernahme der Nationalsozialisten ging die Zuständigkeit für die beruflichen Schulen, die beim Reichsministerium für Wirtschaft und Arbeit und für die landwirtschaftlichen Schulen beim Landwirtschaftsministerium gelegen hatte, 1934 auf das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (REM) über (vgl. Heering 1937). Das REM übernahm damit die Verantwortung für den äußeren Aufbau des Schulwesens wie auch für seine innere Ausgestaltung. Die Kompetenzen der Länder wurden auf die Regelung von Durchführungs- und Übergangsbestimmungen reduziert (vgl. hierzu exemplarisch Giesecke 1999; Schütte 2004; Pedersen 1994).

Die Vereinheitlichung der Schultypenbezeichnungen im beruflichen Schulwesen wird in der bildungshistorischen Literatur als Verwaltungsakt bewertet, der ohne erkennbare Schwierigkeiten durchgeführt werden konnte (vgl. Wolsing 1977; Kümmel 1980; Kipp/Miller-Kipp 1995; Schütte 2003a, b; Greinert 2003). Dabei wird leicht übersehen, dass die mit dem Erlass von 1937 bewirkte Vereinheitlichung der Schultypenbezeichnungen eine von Konflikten mit lokalen Akteuren geprägte Verdichtung von Zuordnungen geschaffen hatte, die der in lokale Problemlagen eingebetteten Bindung und Kultur der beruflichen Schulen politik- und öffentlichkeitsfähige Benennungsspielräume entzog.

## 2. Klärungsprozesse im Vorfeld des Erlasses von 1937

Entsprechende Anfragen, Berichte und Anweisungen weisen darauf hin, dass bereits im Vorfeld der Verordnung von 1937 eine Diskussion zwischen dem REM und den Länderregierungen über eine einheitlichere Benennung der berufsbildenden Schulen geführt





wurde, an der die Industrie über den Deutschen Ausschuss für das technische Schulwesen (DATSCH) regen Anteil nahm. Ungeachtet der seit 1934 erfolgten Zentralisierung der nationalsozialistischen Berufsschulpolitik im REM wollte dieses eine reichseinheitliche Benennung der berufsbildenden Schulen nicht ohne Rücksprache mit den Kultusministerien der Länder und den Interessenverbänden der Wirtschaft durchsetzen. Das Preußische Ministerium für Handel und Gewerbe hatte bereits in einem Schreiben vom 3. Dezember 1929 die Notwendigkeit einer Klassifikation des beruflichen Schulwesens thematisiert, allerdings nur für die interne Schulverwaltung: Nach außen hin galt die Dokumentation der besonderen Ausrichtung einzelner berufsbildender Schuleinrichtungen durch eine differenzierte Bezeichnung als unerlässlich (vgl. Schütte 2003b, S. 54). Die Differenz zwischen systemischer Klassifikation und systemungebundener, an lokalen Problemlagen orientierter Bezeichnung war demnach schon vor 1933 ins administrative Problembewusstsein und in den Mittelpunkt von Eingriffsabsichten gerückt. Im Oktober 1935 nahm das REM die Thematik der Nomenklatur erneut auf und wurde gegenüber den Landesregierungen initiativ (vgl. REM 2).

Im April 1936 präsentierte das REM den Unterrichtsverwaltungen der Länder einen Vorschlag für die neuen Schultypenbezeichnungen im BS- und FS-Sektor. Danach sollten die berufsbildenden Schulen durch die fünf Kategorien ‚Berufsschulen‘, ‚Berufsvorschulen‘ oder ‚Fachvorschulen‘, ‚Aufbau-Lehrgänge für Berufsschulen‘, ‚Fachschulen‘ und ‚Fachlehrgänge‘ klassifiziert werden (vgl. REM 3). Hinter diesen Kategorien standen unterschiedliche Funktionen der Berufsvorbereitung, der Übernahme beruflicher Ausbildung durch Schulen und der Fortbildung, die den beruflichen Schulen infolge der Arbeitsmarktkrisen und der Veränderungen der Erwerbsstruktur in den 1920er-Jahren zugewachsen waren (vgl. Muth 1985, S. 502).

Diese Aufteilung gehörte noch keinem Klassifikationssystem an, sondern diente vor 1933 der Einstufung bzw. Karrierisierung der im Zuge des erwerbsstrukturellen Wandels neu geschaffenen Felder der beruflichen Arbeitsteilung (vgl. Lange-Appel 1993, S. 102 am Beispiel der Wohlfahrtspflege). Ein Aktenvermerk aus dem Reichserziehungsministerium vom September 1936 unterstrich dann die Notwendigkeit einer weiteren Systematisierung: „In der Praxis der Namengebung besteht ein grauenhaftes Durcheinander“ (REM 4).

Eine an das Innen-, das Verkehrs-, das Wirtschafts- und das Landwirtschaftsministerium gerichtete Bitte um Prüfung der Vorschläge für die einheitliche Benennung der BS und FS nahm das REM zwei Monate später erneut zum Anlass, um die Dringlichkeit einer Reform zu betonen: „Schulen mit gleichen Zielen führen in den einzelnen Ländern verschiedene Namen, während gleiche Namen für ganz verschiedene Schultypen angewandt werden“ (REM 5).

Mit einer Ende 1936 vorgelegten überarbeiteten Version der Definitionen vom April wurde die Verdichtung der Klassifikationen vom REM vorangetrieben. Es unterschied nunmehr nur noch zwischen BS und FS. Die vorher wahlweise als Berufsvorschulen oder Fachvorschulen etikettierten Unterrichtseinrichtungen (die späteren BFS) sollten nach diesem Konzept eine Unterkategorie der BS bilden und als so genannte Ersatz-BS mit gewerblichem Vollzeitunterricht für Schüler ohne vorherige oder begleitende prak-

tische Berufsausbildung von den gewöhnlichen, 4 bis 14 Wochenstunden neben der Lehre oder einer un- bzw. angelernten Arbeit unterrichtenden BS abgehoben werden. Daran wird transparent, wie die lokale Problemlage hinter der Klassifizierung gewissermaßen verschwindet. Nach kurzer Zeit wurde der wegen seiner negativen Konnotationen insbesondere in der BS-Lehrerschaft auf wenig Anerkennung stoßende Begriff der ‚Ersatzberufsschule‘ wieder verworfen. Der Sache nach war diese Einstufung zutreffend: Sie ging zu Recht davon aus, dass die BS zwar Teil des Schulsystems ist, aber aufgrund des Pflicht- Teilzeit- und Berufsklassenprinzips ihren Rang vom Ausbildungsberuf, also von ihrer Einbeziehung in die betrieblich getragene berufliche Ausbildung und nicht von der Schulhierarchie her bezieht. Die BS-Lehrer wollten sich dagegen mit ihren vollzeitschulischen Angeboten nicht in einer der Lehre gegenüber rangniederen Institution sehen und deshalb am FS-Begriff festhalten. Das Changieren zwischen den Anerkennungsressourcen Beruf und Schulhierarchie ist deutlich erkennbar: Da sowohl der FS- wie auch der BS-Begriff besetzt waren, wurde der Begriff der BFS neu geschaffen.

Dieser Vorgang verweist auf die Ökonomie der Anerkennung, die in den Grenzziehungen und Signalwirkungen von Klassifikationen enthalten ist: FS, die sich der Unter- richtung von nicht mehr berufsschulpflichtigen Jugendlichen widmeten, und Lehrgänge, die gewerbliche Weiterbildungsmaßnahmen organisierten, durften nicht unter Wert klassifiziert werden (vgl. REM 5). Andererseits gab es das im Modus der lokalen Koexistenz mögliche – im Modus der systemischen Klassifikation jedoch nicht mehr mögliche – Nebeneinander dieses FS-Begriffs und eines BS-Begriffs, der die Beschulung von berufsschulpflichtigen Lehrlingen einschloss (für Baden vgl. Hasfeld 1996; für Sachsen vgl. Wehrmeister 1995; für Württemberg im Vergleich zu Preußen vgl. Jost 1982, S. 145; für spezifische lokale Traditionen innerhalb Preußens vgl. Wittig-Goetz 2001; Niehues 1994). Die verschiedenen Definitionsvorschläge des REM machen deutlich, dass insbesondere die im Erlass von 1937 als BFS etikettierten Unterrichtsanstalten erhebliche Klassifikations- und Benennungsprobleme bereiteten. Noch im Dezember 1936 wurden diese Einrichtungen in einem internen Papier des Reichserziehungsministeriums als Fachvorschulen geführt (vgl. REM 6). Generell verselbstständigte der Erlass von 1937 die Ebene der in Benennungen greifbaren Anerkennungsökonomie gegenüber der Ebene der tatsächlichen Funktionalität und Zweckbestimmung. Faktisch waren die BFS der Lehre und damit auch den FS untergeordnet. Im Anerkennungszusammenhang des Ausbildungsberufs hatten sie ihren Ort *unterhalb* der BS, sofern man in der BS einen öffentlich verantworteten Bestandteil der ansonsten betrieblich getragenen beruflichen Ausbildung sieht. Dieser *vom Beruf her* gegebene Zusammenhang bildete jedoch nicht die Grundlage der Benennung und Einstufung durch das REM. Vielmehr orientierte sich das REM an der Form der *Schulhierarchie*: Sie war es, mit der auch die ausbildungsberuflichen Funktionen der Berufsvorbereitung und Berufsausbildung in den BFS klassifiziert und eingeordnet wurden. D.h.: Unter ausbildungsstrukturellen Gesichtspunkten traten die Funktionen der Berufsvorbereitung und der Berufsausbildung im Zuge der Ausdehnung und Ausdifferenzierung von Ausbildungsberufen auseinander, unter schulstrukturellen Gesichtspunkten wurden sie dagegen miteinander vermischt.

Reputationsbezogene Auseinandersetzungen reichten bis in die Ebene der Höheren FS. Im April 1936 veröffentlichte auch der DATSCH „Vorschläge für einheitliche Bezeichnungen im fachlichen und beruflichen Ausbildungswesen“ (DATSCH 1). Der Ausschuss schlug eine Unterteilung in Hochschulen, FS und BS vor. Unter der Bezeichnung FS sollten Ingenieurschulen, Handwerkliche Kunstgewerbeschulen, landwirtschaftliche, handwerkliche, kaufmännische, seemännische und hauswirtschaftliche FS subsumiert werden. Der FS-Begriff wurde durch diese Zuordnung weit aufgefächert. Die BS sollten wie bisher in gewerbliche, kaufmännische und hauswirtschaftliche Schulen sowie Schulen für bestimmte Gewerbebezüge unterteilt bleiben. Die Vorschläge des DATSCH wurden vom REM nicht weiter verfolgt. Im Mai 1937 unterbreitete der Ausschuss als Reaktion auf die Nichtbeachtung seiner Einwände durch das REM eine weitere Eingabe, in der darauf hingewiesen wurde, dass die Bezeichnung „Fachschule“ für eine Vielzahl von Ingenieurschulen bzw. so genannten Höheren Technischen Lehranstalten unzutreffend sei und die neue Benennung der Schulen möglichst unter Beibehaltung der Statuszuordnung „Ingenieur“ erfolgen sollte: „Dies würde z.B. für die heutige Höhere Technische Lehranstalt ergeben: Ingenieurschule, Fachschule für Maschinenbau und Elektrotechnik,“ oder „Ingenieurschule, Fachschule für das Textilwesen“ (DATSCH 2).

In die gleiche Richtung wies auch die Kritik des bayerischen Kultusministeriums in einem Schreiben vom März 1937 an das REM: „Es geht hiernach vor allem nicht an, dass die Höheren technischen Lehranstalten, die sich in den Vorbildungsanforderungen, in der Studiendauer und dem Unterrichtsziel ganz wesentlich von vielen anderen (niederen) Schulen unterscheiden, mit der gleichen Bezeichnung wie diese belegt werden“ (Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus 1937, Bl. 3).

Doch gerade der Bruch mit der traditionellen Bezeichnungsvielfalt und der an lokalen Problemlagen orientierten Klassifizierungspraxis wurde vom REM als Signum einer neuen berufsbildungspolitischen Ära forciert. Dementsprechend fanden die Einwände des DATSCH und des bayerischen Kultusministeriums keinen Widerhall. Dem REM wurden Einwendungen vorgetragen, die die vielfältigen Bruchlinien zwischen zentralstaatlicher Kategorienbildung und schulsektoralen lokalen Problemlagen aufzeigten (vgl. Sächsisches Ministerium für Volksbildung 1937; Oberbürgermeister der Hauptstadt der Bewegung 1937).<sup>1</sup>

### 3. Klassifizierung des beruflichen Schulsystems: Der Erlass von 1937

Zur Kategorie der BS gehörten nach der Definition des Erlasses von 1937 „sämtliche Schulen, die pflichtmäßig von gleichzeitig in der praktischen Ausbildung [...] oder in Arbeit befindlichen jungen Menschen, sowie von erwerbslosen Jugendlichen besucht werden. Dazu sind auch sämtliche als Ersatzberufsschulen anerkannten ‚Werkschulen‘,

1 In diesen Schreiben aus Sachsen wurde eine möglichst detaillierte Bezeichnung für die verschiedenen Berufsschultypen gefordert und um die Einstufung von Fachschulen der Deutschen Arbeitsfront gestritten.

„Innungsfachschulen“ usw. zu rechnen“. Als BFS firmierten dagegen fortan „alle Schulen, die, ohne eine praktische Berufsvorbildung voraus[zu]setzen, freiwillig in ganztägigem Unterricht, der mindestens 1 Jahr umfasst, zur Vorbereitung auf einen [...] Beruf besucht werden“. Als FS definierte der Erlass „die der [...] Ausbildung dienenden Schulen, die freiwillig, und zwar nur mit ausreichender praktischer Berufsvorbildung besucht werden können, deren Lehrgang mindestens einen Halbjahreskurs mit Ganztagsunterricht oder in der Regel insgesamt 600 Unterrichtsstunden umfasst, und die nicht als Hochschulen anerkannt sind“. Mit Ausnahme der Landwirtschaftsschulen sollten „mit sofortiger Wirkung sämtliche zu den genannten Gruppen gehörigen Schulen öffentlicher und privater Trägerschaft zusätzlich ihre Gruppenbezeichnung (Berufsschule, Berufsfachschule oder Fachschule) führen, sofern diese Gruppenbezeichnung nicht schon im Namen der Anstalt enthalten ist“ (REM 1; Grüner 1983, S. 37f.; vgl. auch Liedtke 1997).

Die BFS waren im Gegensatz zur BS nicht als berufsbegleitende Einrichtungen vorgesehen. Sie wurden freiwillig besucht und erhoben Schulgeld. Ihre Schulträger waren in der Regel die Gemeinden. Die Bezeichnung der BFS war lange Zeit unklar. In der Regel übernahmen die mit dem Begriff der BFS belegten Einrichtungen Aufgaben der Berufsvorbereitung, unter spezifischen regionalen Ausbildungsstrukturbedingungen konnte ihnen jedoch auch die Aufgabe der beruflichen Ausbildung selbst zufallen (vgl. Niehues 1994). Innerhalb der kaufmännischen Berufsverbände war umstritten, inwieweit der Eintritt in ein kaufmännisches Erwerbsverhältnis auf die berufliche Lehre oder auf eine angemessene schulische Vorbildung gestützt werden sollte (vgl. Beckert 1931, S. 139). Anders als im gewerblichen Bereich wurde die Spezialisierung kaufmännischer Berufe nicht über die Differenzierung von Ausbildungsberufen, sondern bis in die 1930er-Jahre über die Bildung von Spezialklassen an den kaufmännischen BS aufgefangen (vgl. Horlebein 1976, S. 266ff.).

Diese gegenüber der Unterscheidung von Berufsvorbereitung und -ausbildung indifferente Orientierung liegt den Handelsschulen und damit auch den BFS letztlich zugrunde – und zwar bis heute (vgl. Baethge 2003). Der für die BFS zunächst vorgesehene Begriff der Berufsvorschule war aus der Perspektive der Handelsschulen eine Abwertung. Die Bezeichnung Fachvorschule stieß dagegen auf den Widerstand der FS-Vertreter: FS schlossen dem Modell der niederen FS in Preußen zufolge an eine abgeschlossene Berufsausbildung an, auch sie wurden freiwillig besucht und verlangten Schulgeld. FS verfolgten auf der Basis dieses Modells den Zweck, Anwärter für mittlere Positionsebenen in den Betrieben fortzubilden. Deshalb nahmen die FS Anstoß am Begriff der Fachvorschule in der Befürchtung, dass mit diesem Titel der Ruf der *wirklichen* FS als weiterführende Schulen geschädigt würde (vgl. Reichs- und Preußischer Wirtschaftsminister 1937). Erst kurz vor dem In-Kraft-Treten des Erlasses von 1937 wurde der konsensfähige Begriff der BFS eingeführt, durch den der (auch) berufsbildende Charakter der Einrichtungen genügend zur Geltung kommen sollte (vgl. REM 6).

Der Erlass von 1937 integriert Ausbauprozesse der beruflichen Schulen in weit auseinander liegenden Phasen der Schulentwicklung: Die Zeit des Kaiserreichs kann als Formierungsperiode der Berufsform selbst gelten. In den Augen der Zeitgenossen war

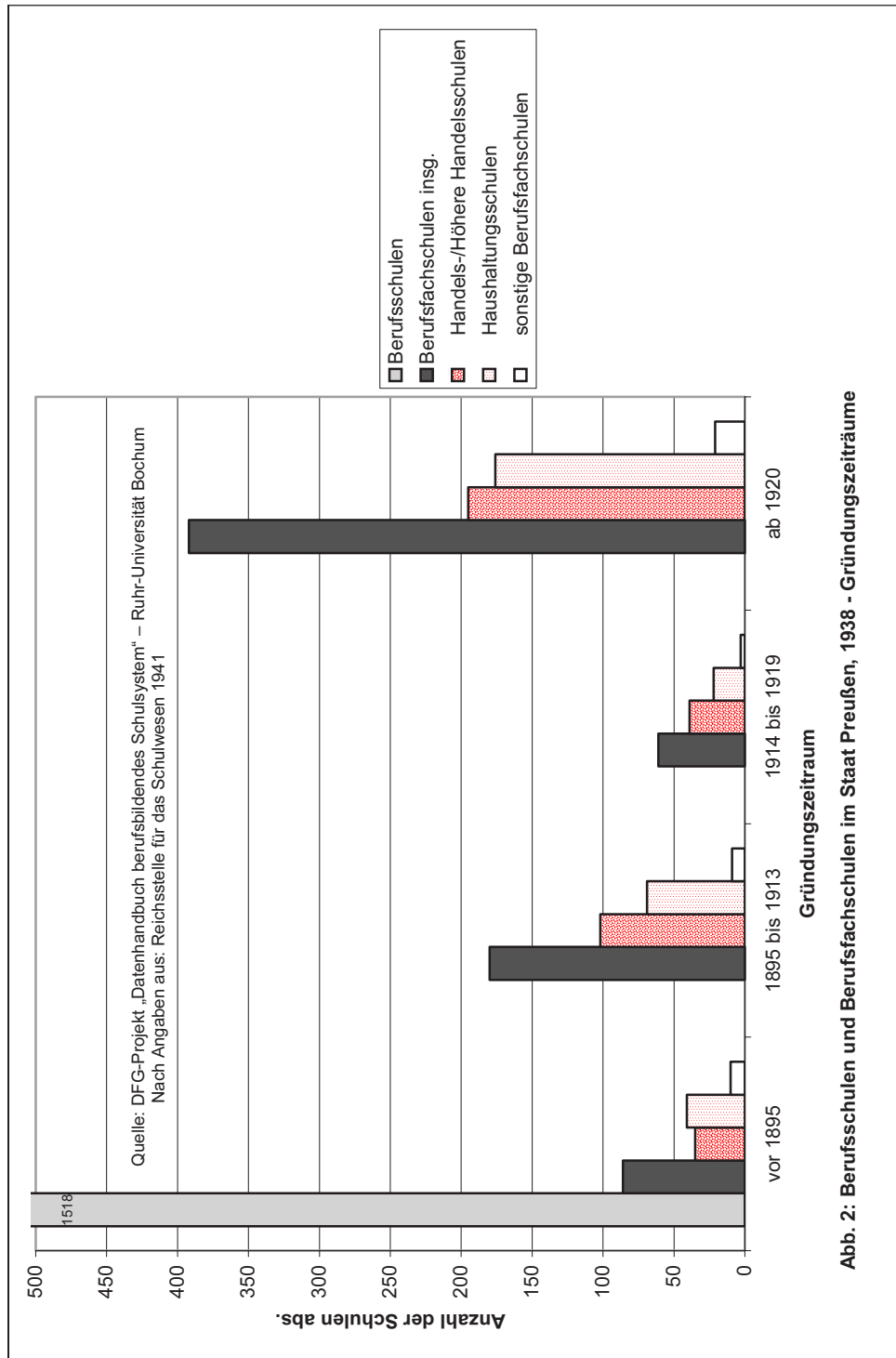


Abb. 2: Berufsschulen und Berufsfachschulen im Staat Preußen, 1938 - Gründungszeiträume

die berufliche FBS (spätere BS) als Teilzeitschule eines der Vehikel dieser Formierung, die sich auf die Ausbildung in Betrieben richtete. Dagegen stehen die Jahre nach 1920 im Zeichen der Arbeitslosigkeit, des Ausbaus der ‚Frauenberufe‘ und der kaufmännischen Ausbildung, die sich ebenfalls zum Berufswahlspektrum für Mädchen entwickelte (Rahn 2001). Diese Entwicklung unterstützte den Ausbau der BFS bzw. ihrer Vorformen. Während die BS mit der Durchsetzung des Pflichtprinzips schon vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs klassifiziert worden waren, galt das für die BFS nicht. Der Erlass von 1937 stellte den Versuch dar, diese Lücke zu schließen.

#### **4. Die Kritik des Erlasses von 1937 aus der Perspektive lokaler Problemlagen**

Schon kurz nach der Vereinheitlichung der Benennungen im BS- und FS-Wesen gingen beim REM erste Beschwerden über falsche Einstufungen einzelner Schulen ein. Die Beschwerden kreisten um die Zuordnung zum FS-Begriff, der zum einen mit dem Begriff der Gewerbeschule in den süddeutschen Ländern konkurrierte und zum anderen mit unterschiedlichen lokalen Problemlagen besetzt war. In Baden übernahmen Gewerbeschulen und Höhere Gewerbeschulen Aufgaben, die in Preußen ausdifferenzierten BS und FS zugeschrieben wurden. In der Verordnungsterminologie des badischen Kultusministeriums wurden diese Schulen dem FS-Begriff eigens zugeordnet: Als FS galten Gewerbeschulen, Höhere Gewerbeschulen, Handelsschulen und Höhere Handelsschulen. Die süddeutschen Länder Baden, Württemberg und Bayern beharrten auf einer tendenziellen Relativierung des Klassifikationssystems durch zusätzliche Schulnamen. Attribute wie z.B. „Ländliche“ oder „für Knaben“ sollten den Anschluss des Systems an lokale Problemlagen wiederherstellen (vgl. Badisches Ministerium des Kultus und Unterrichts 1937).

Etliche Schulen, insbesondere die privaten gewerblichen Einrichtungen, hatten aufgrund ihrer Unterrichtsstruktur Schwierigkeiten, sich einer der drei vorgegebenen Schultypen zuzuordnen. Noch kurz vor dem Beginn des Zweiten Weltkriegs fehlten von zahlreichen Innungen und Kammern die Rückmeldungen über die vorgeschriebenen Umbenennungen der gewerblichen Schulen (vgl. Anhaltisches Staatsministerium, Abteilung Volksbildung 1938; REM 7). Nur knapp zehn Monate nach dem Erlass vom 29. Oktober 1937 sah sich das REM am 23. August 1938 zu einer ersten Nachbesserung der Verordnung gezwungen. Lehrgänge mit einer Laufzeit von weniger als einem Semester sollten nicht länger als „Schule“ bezeichnet werden (vgl. REM 8). Am 29. November 1938 verfügte das Reichserziehungsministerium, dass nur Bau- und Maschinenbau-schulen mit einem Kursus von mindestens fünf Semestern als Ingenieurschulen zu bezeichnen seien und den anderen FS das Führen dieser Bezeichnung untersagt werde (vgl. REM 9). Diese Regelung ist als ein Zugeständnis an den Verein deutscher Ingenieure (VDI) zu betrachten, der seit den 1890er-Jahren auf der strikten Trennung zwischen der niederen FS-Bildung z.B. zum Werkmeister oder Techniker und der gehobeneren Ingenieursausbildung in Höheren FS bestand.

Innerhalb des FS-Sektors entstand neben den Ingenieurschulen noch eine weitere Subkategorie. Ausgewählte FS, die Unterricht für kunstgewerbliche, gestaltende oder grafische Berufe erteilten, durften die Bezeichnung „Meisterschulen des deutschen Handwerks“ tragen, mit der die praktische Ausrichtung der Einrichtungen gegenüber den Kunsthochschulen hervorgehoben wurde (vgl. Federle 1936).

Bis in die Zeit der ersten Kriegsjahre hinein gab es eine große Anzahl von Rückmeldungen auf die Vereinheitlichung der Schultypenbenennung, die von umgehenden Vollzugsmeldungen bis zu Berichten über massive Schwierigkeiten bei der Klassifizierung einzelner Schulen reichten.

Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Vereinheitlichungserlasses bereitete u.a. der Widerstand einiger Wirtschaftsverbände gegen eine neue Benennung von Innungsfachschulen. Kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, im Juli 1939, forderte der Reichserziehungsminister die Verbände nachdrücklich dazu auf, den Bestimmungen des Erlasses nachzukommen: „So werden z.B. die Innungsschulen, die die Lehrlinge zur Vervollständigung ihrer praktischen Ausbildung neben der Berufsschule besuchen, noch vielerorts herkömmlicherweise als Innungsfachschulen bezeichnet. Auch private Unterrichtsveranstaltungen führen noch Bezeichnungen, die den Bestimmungen [...] nicht entsprechen“ (REM 7).

Offen geblieben Fragen wurden schließlich durch den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zeitlich ausgesetzt (vgl. Reichskanzlei 1941). Wie der Oberbürgermeister der Stadt München schon im Vorfeld der Verordnung vermutet hatte, blieb die Umbenennung der BS und FS trotz zahlreicher Mahnungen aus dem REM in vielen Fällen lediglich eine verwaltungstechnische Maßnahme, die sich nicht auf den alltäglich verwendeten Schulnamen auswirkte (vgl. Oberbürgermeister der Hauptstadt der Bewegung 1937).

## 5. Ausdifferenzierung der Klassifikationspraxis nach 1945

Eine Fülle von weiteren berufsbildenden Institutionen – Berufsaufbauschule, Fachoberschule, Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr – differenzierte die Klassifikation der 1930er-Jahre nach 1945 allmählich weiter aus (Grüner 1984). Im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs und des einhergehenden Fachkräftemangels in den 1950er-Jahren stand zunächst die vertikale Ergänzung der BS in der Form der Berufsaufbauschule zur Debatte. Die Berufsaufbauschule war eine Art Zweiter Bildungsweg für Lehrlinge (vgl. Heid 1966): Sie setzte Aufbauklassenregelungen der 1930er-Jahre fort, war also genauso wie diese Regelungen auf die Einrichtung einer Aufstiegsschleuse zwischen der betrieblich getragenen beruflichen Ausbildung und dem Zugang zur Höheren FS bezogen (vgl. Kahlert 1965, S. 59). Die Berufsaufbauschulen konnten in Teilzeitform neben der beruflichen Ausbildung besucht werden und vermittelten am Ende die so genannte FS-Reife (KMK 1959). Im Zuge der Umwandlung der Höheren FS in Fachhochschulen übernahm die Fachoberschule die Funktion der alten Berufsaufbauschule. Die FS-Reife wurde durch die Fachhochschulreife ersetzt (Ministerpräsidentenkonferenz 1968; KMK 1969).



In den 1970er-Jahren kam die horizontale Ausdifferenzierung sowohl der BS als auch der BFS hinzu. Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung verwendete Mitte der 1970er-Jahre den Begriff der Doppelqualifikation und verstand darunter den simultanen oder konsekutiven Erwerb zweier Abschlüsse: den der Studienberechtigung und den einer beruflich verwertbaren Qualifikation (Bauer 1977, S. 15). Ähnliche, auf die beiden institutionellen Aggregate der beruflichen Bildung bezogene Unterscheidungen traf der Deutsche Bildungsrat (vgl. Deutscher Bildungsrat 1974, S. 67f.). Der Kollegschulversuch in Nordrhein-Westfalen fungierte damals als Reformsignal. Er stand für die Erwartung, die berufliche Ausbildung auf das Prinzip der Wissenschaftspropädeutik umstellen und sie im Medium der beruflichen Schulen mit dem allgemeinen, am Abitur ausgerichteten Abschluss- und Berechtigungswesen verzahnen zu können. Unterstützt durch Reformprojekte in Baden-Württemberg und Niedersachsen wurde das Berufsgrundschuljahr eingeführt, und es wurden die BFS ausgebaut (vgl. KMK 1973; KMK 1978). Beide Einrichtungen sollten die betrieblich getragene Ausbildung berufsfeldbreit abstützen und sie dadurch partiell ersetzen (vgl. Berufsgrundbildungsjahr-Anrechnungs-Verordnung 1978; vgl. auch Greinert 1993, S. 144). Das theoretische Niveau der so veränderten beruflichen Bildung sollte steigen und gleichzeitig Laufbahnoptionen in die Fachoberschule und Fachhochschule hinein eröffnen. Bereits zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich jedoch ab, dass das Prinzip der Berufsgrundbildung nicht im Schulsystem verbleiben konnte, sondern von den Tarifpartnern in die Strukturen der betrieblichen Ausbildung außerhalb des beruflichen Schulsystems verlagert werden würde. Dies vollzog sich dann in den 1980er-Jahren mit der Neuordnung der Industrie- und Metallberufe (vgl. Grünewald u.a. 1989). Das Projekt der berufsgrundbildungsbezogenen Verflechtung zwischen BS und beruflicher Ausbildung scheiterte, das Berufsgrundbildungsjahr blieb gleichwohl erhalten.

Im Zuge der Ausbildungsmarktkrisen nach 1970 und der wachsenden Bedeutung von Dienstleistungsberufen wurden die BFS ebenfalls ausgebaut. Sie werden heute von 190.000 Schülern besucht. Die Quote der dort nach Landesrecht möglichen Berufsbildung an allen Auszubildungsverhältnissen liegt bei 13% (Hall/Schade 2005, S. 23). Der BFS-Ausbau erstreckte sich über die Berufsvorbereitung hinaus auch auf Bereiche, die es den beruflichen Schulen erlaubten, selbst Träger einer vollständigen beruflichen Ausbildung zu sein. Das neue, 2005 in Kraft getretene Berufsbildungsgesetz treibt die Entwicklung voran (vgl. Feller 2005).

Für ausbildungsstellenlose Jugendliche wurde in NRW das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) eingerichtet, das an der Berufsfindung ausgerichtet und deshalb dem Berufsgrundschuljahr vorgeschaltet war. Das BVJ war eine Reaktion auf die erste Ausbildungskrise nach dem wirtschaftlichen Wiederaufschwung der 1950er/60er-Jahre. Es sollte wahlweise an die Stelle des zehnten Pflichtschuljahres im allgemeinbildenden Schulsystem treten können (vgl. Eckert 1981, S. 57) oder aber im Fall des Eintritts nach der Klasse 10 die (unabhängig von der Absolvierung einer Ausbildung bis zum vollendeten achtzehnten Lebensjahr bestehende) Teilzeitschulpflicht zum Besuch der Berufsschule im Block abgelten. Infolge dieser Ausdifferenzierung gab es Anfang der 1980er-Jahre an beruflichen Schulen bundesweit sechs Möglichkeiten, die Fachoberschulreife



zu erwerben (Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundschuljahr, Berufsaufbauschule<sup>2</sup>, FS, BS plus befriedigendem Hauptschulabschluss Klasse 10 als Voraussetzung), und drei Möglichkeiten, zum Hauptschulabschluss zu gelangen (vgl. Pampus 1981). Diese horizontale und vertikale Ausdifferenzierung von Funktionen und Bildungsgängen erfolgte im Korpus der Ebenenunterscheidung von BS, BFS und FS und sorgte dafür, dass der Ebenenunterscheidung von 1937 eine weitere Unterscheidungsdimension systematisch hinzugefügt wurde: die Dimension der nach Laufbahnberechtigungen gestaffelten Abschlüsse. Diese Dimension dient bis heute dazu, jede der Ebenen im Korpus von 1937 wie auch ihre Verzweigungen in die angesprochenen Bildungsgänge *noch einmal* intern zu differenzieren. Dafür bildet das Klassifikationssystem von 1937 die Basisstruktur.

Insgesamt kann man drei Handlungslogiken erkennen, die sich berufsbildungsgeschichtlich aufaddiert und überlagert haben: Die erste Handlungslogik bezieht sich auf die Anerkennungsökonomie aus den 1930er-Jahren, also auf die Hierarchisierung von BS, BFS und FS. Dieser Hierarchie sind in den 1950er-Jahren die Berufsaufbauschule, und in den 1970er-Jahren das Berufsgrundbildungs- und das Berufsvorbereitungsjahr sowie die Fachoberschule hinzugetreten. Die drei ersten Bildungsgänge sind der Sache nach horizontale Ausdifferenzierungen der berufsvorbereitenden Funktion der BFS, der Bildungsgang der Fachoberschule stellt eine gymnasialisierte Variante der Berufsaufbauschule dar. Die zweite Handlungslogik richtet sich auf die mit dem Erlass von 1937 ebenfalls gegebene Integrationsproblematik der Schulebenen in den ausbildungsberuflichen Ordnungszusammenhang. Sie stellt sich heute dar als Konkurrenzverhältnis zwischen dem berufsausbildenden und dem berufsvorbereitenden Charakter der vollzeitschulischen Bildungsgänge. Der berufsausbildende Anteil kann aufgrund seiner nachgeordneten Stellung gegenüber der betrieblich getragenen Berufsausbildung nicht ohne weiteres expandieren, der berufsvorbereitende wird als Warteschleife zur Nachholung von Bildungsabschlüssen in Anspruch genommen. Die dritte Handlungslogik ist bereits im Warteschleifencharakter der Bildungsgänge erkennbar: Sie bezieht sich auf die jeweilige Eingliederung von *Schulabschlüssebenen* in die durch den Erlass von 1937 vorgeprägte und durch die nachfolgende Entwicklung noch einmal ausdifferenzierte Ebenenhierarchie der *Bildungsgänge bzw. Schultypen*.

Die Handlungslogiken verweisen auf den Modus der Aufschichtung unterschiedlicher, aufeinander folgender Institutionalisierungsschübe im beruflichen Schulsystem, die sich zu Strukturen mit jeweils eigener historischer Zeitbindung abgelagert haben. Funktionszuwächse sind nicht durch Strukturveränderungen begleitet, sondern dem System schlicht hinzuaddiert worden. Das hat die Abgrenzung der Bildungsgänge und Schulformen unscharf und schwerfällig werden lassen.

Organisatorisch unterstützt dieses Erbe die Binnenkomplexität, die Binnenorientierung und den internen Managementaufwand im beruflichen Schulsystem, das sich ja andererseits gerade nach außen wenden und mit Betrieben kooperieren soll. Angesichts veränderter Bedingungen der Schulsteuerung und des Übergangs in den Ausbildungs-

2 Die Berufsaufbauschule wurde nach der Etablierung der Fachoberschule unterhalb der Fachoberschule neu eingerichtet.

und Arbeitsmarkt (vgl. Euler 1998) ist die Frage nach der funktionalen Angemessenheit der verschiedenen Institutionalisierungstraditionen im beruflichen Schulsystem heute keine nur technokratische Frage mehr. Diese zu Strukturen im System veralltäglichten Traditionen antworten auf Problemlagen der Vergangenheit. Weder die Klassifikation der Schulen (Logik der 1930er-Jahre), die Relationierung der betrieblichen und schulischen Berufsausbildung (Logik der 1950er- bis 1960er-Jahre) noch die von unten nach oben betriebene Integration und Durchlässigkeit von Berufs- und Allgemeinbildung (Logik der 1970er-Jahre) haben heute noch den Stellenwert ihrer jeweiligen Initiierungsperioden. Vielmehr ist heute die soziale und bildungsökonomische Verwertbarkeit der in lokalen beruflichen Schulsystemen erbrachten Dienstleistungen selbst zum Politikum geworden. Die gewohnten Traditionen der Klassifikation der beruflichen Schulen (1), der Abstimmung mit und der Zuordnung von teils voll-, teils teilzeitschulischen Lehr- und Unterrichts- zu betrieblichen Ausbildungsaufgaben (2) wie auch der Einordnung der Angebote in eine an Berechtigungen orientierte Schullaufbahn- und Abschlussstruktur (3) können nicht mehr aus sich heraus Nutzen beanspruchen. Vielmehr geraten sie heute unter dem Aspekt des Aufwands in den Blick. Ihr Nutzen muss neu bestimmt werden.

## Literatur

- Baethge, M. (2003): Das berufliche Bildungswesen in Deutschland am Beginn des 21. Jahrhunderts. In: Cortina, K.S./Baumert, J./Leschinsky, A./Mayer, K.U. /Trommer, L. (Hrsg.): Das Bildungswesen der Bundesrepublik Deutschland. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 525–580.
- Barth, H. (1938): Die Aufstellung reichseinheitlicher Berufsschullehrpläne. Referat gehalten auf der Sitzung des Ausschusses für Lehrplanfragen im DA am 29.9.1938 in Berlin. In: Technische Erziehung 13, S. 229–233.
- Barth, H. (1939): Die Erstellung reichseinheitlicher Lehrpläne für die Berufsschulen. Bericht, vorgetragen auf der gemeinsamen Sitzung der Arbeitsausschüsse für Berufsschulfragen in Handel und Gewerbe anlässlich der Wiener Reichstagung des Reichsinstituts am 26. Mai 1939. In: Berufsbildung in Handel und Gewerbe 14, S. 229–233.
- Bauer, K.-O. (1977): Sachstandsanalyse der Ansätze zur Integration berufs- und studienbezogener Bildungsgänge in der Sekundarstufe II. Frankfurt a.M.: Max Traeger Stiftung.
- Beckert, F. (1931): Das Berufsbildungswesen der Angestelltenverbände. Hamburg: J.G. Bitter u. Sohn.
- Deutscher Bildungsrat (1974): Zur Neuordnung der Sekundarstufe II: Konzept für eine Verbindung von allgemeinem und beruflichem Lernen; verabschiedet auf der 38. Sitzung der Bildungskommission am 13./14. Februar 1974 in Bonn. Stuttgart: Klett.
- Eckert, M. (1981): Das Berufsvorbereitungsjahr als pädagogisches Problem und seine Lösung in den Ländern der Bundesrepublik. In: Stratmann, K. (Hrsg.): Das Berufsvorbereitungsjahr. Anspruch und Realität. Hannover: Schroedel, S. 17–68.
- Euler, D. (1998): Modernisierung des dualen Systems. Problembereiche, Reformvorschläge, Konsens- und Dissenslinien. Bonn: Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung.
- Feller, G. (2005): Stellenwert der Berufsfachschulen im neuen Gesetz. Initiale für eine Reform des Bildungssystems. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 34, H. 2, S. 17–22.

- Giesecke, H. (1999): Hitlers Pädagogen. Theorie und Praxis nationalsozialistischer Erziehung. Weinheim/München: Juventa.
- Greinert, W.-D. (1993): Das „deutsche System“ der Berufsausbildung: Geschichte, Organisation, Perspektiven. Baden-Baden: Nomos.
- Greinert, W.-D. (1998): Das „deutsche System“ der Berufsausbildung: Tradition, Organisation, Funktion. Baden-Baden: Nomos.
- Greinert, W.-D. (2003): Realistische Bildung in Deutschland. Ihre Geschichte und ihre aktuelle Bedeutung. Hohengehren: Schneider.
- Grüner, G. (Hrsg.) (1983): Quellen und Dokumente zur schulischen Berufsbildung 1945-1982. 1. Halbband. Köln: Böhlau.
- Grüner, G. (1984): Die Berufsschule im ausgehenden 20. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Berufsschulpolitik. Bielefeld 1984: Bertelsmann.
- Grünewald, U./Degen, U./Liermann, H./Seyfried, B. (1989): Evaluierung der neugeordneten industriellen Metall- und Elektroberufe. Berlin/Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung.
- Hall, A./Schade, H.-J. (2005): Welche Ausbildung schützt besser vor Arbeitslosigkeit. Der erste Blick kann täuschen. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 34, H. 2, S. 23–27.
- Harney, K. (1991): Fortbildungsschulen. In: Berg, C. (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Band IV, 1870–1918: Von der Reichsgründung bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. München: Beck, S. 380–389.
- Hasfeld, R. (1996): Berufsausbildung im Großherzogtum Baden. Zur Geschichte des „dualen Systems“ im Handwerk. Köln/Weimar/Wien: Böhlau.
- Heering, W. (1937): Zur schulpolitischen Lage der Berufs- und Fachschulen. In: Bojunga, H. (Hrsg.): Zur Steigerung der Leistungen in den Berufs- und Fachschulen. Berlin: Junker und Dünhaupt, S. 7–33.
- Heid, H. (1966): Die Berufsaufbauschule. Bildungsideologie und Wirklichkeit. Freiburg: Lambertus.
- Horlebein, M. (1976): Die berufsbegleitenden kaufmännischen Schulen in Deutschland (1800–1945). Eine Studie zur Genese der kaufmännischen Berufsschule. Frankfurt a.M.: Lang.
- Jost, W. (1982): Gewerbliche Schulen und politische Macht. Zur Entwicklung des gewerblichen Schulwesens in Preußen in der Zeit von 1850–1880. Weinheim/Basel: Beltz.
- Kahlert, H. (1965): Die Ingenieurschule im beruflichen Bildungsweg. Braunschweig: Westermann.
- Kipp, M./Miller-Kipp, G. (1995): Erkundungen im Halbdunkel. Einundzwanzig Studien zur Berufserziehung und Pädagogik im Nationalsozialismus. Frankfurt a.M.: GAFF.
- Kümmel, K. (Hrsg.) (1980): Quellen und Dokumente zur schulischen Berufsausbildung 1918–1945. Köln: Böhlau.
- Lange-Appel, U. (1993): Von der allgemeinen Kulturaufgabe zur Berufskarriere im Lebenslauf. Eine bildungshistorische Untersuchung zur Professionalisierung der Sozialarbeit. Frankfurt a.M.: Lang.
- Lexis, W. (Hrsg.) (1904): Das Unterrichtswesen im Deutschen Reich. IV. Band. Das technische Unterrichtswesen. 3. Teil: Der mittlere und niedere Fachunterricht. Berlin: Asher.
- Liedtke, M. (Hrsg.) (1997): Handbuch der Geschichte des bayerischen Bildungswesens. Band. 3: Geschichte der Schulen in Bayern. Von 1918 bis 1990. Bad Heilbrunn: Klinkhardt.
- Lundgreen, P. (1994): Die Ausbildung von Ingenieuren an Fachschulen und Hochschulen in Deutschland 1770–1990. In: Lundgreen, P./Gelon, A. (Hrsg.): Ingenieure in Deutschland 1770–1990. Frankfurt/New York: Campus, S. 13–78.
- Niehues, M. (1994): Preußische Metallfachschulen: Das Beispiel Iserlohn. In: Bonz, B. (Hrsg.): Berufsbildung und Gewerbeförderung. Zur Erinnerung an Ferdinand Steinbeis. Bielefeld: Bertelsmann, S. 357–386.
- Muth, W. (1985): Berufsausbildung in der Weimarer Republik. Stuttgart: Steiner.

- Pampus, K. (1981): Die Verbindung beruflicher Qualifikationen mit allgemeinen Schulabschlüssen. Eine Übersicht über bestehende rechtliche Regelungen. Berlin: Bundesinstitut für Berufsbildung.
- Pedersen, U. (1994): Bernhard Rust. Ein nationalsozialistischer Bildungspolitiker vor dem Hintergrund seiner Zeit. Braunschweig und Gifhorn: Dissertation.
- Rahn, S. (2001): Die Karrierisierung des weiblichen Lebenslaufs: eine historische Rekonstruktion der Entstehung der Berufswahl im weiblichen Lebenslauf Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Frankfurt a.M. u.a.: Lang.
- Schütte, F. (2003a): Technisches Bildungswesen in Preußen-Deutschland. Aufstieg und Wandel der Technischen Fachschule 1890–1938. Köln 2003: Böhlau.
- Schütte, F. (Hrsg.) (2003b): Quellen und Dokumente zur Geschichte der technischen Bildung in Deutschland. Teil 2: das technische Fachschulwesen 1890 – 1945. Köln: Böhlau.
- Schütte, F. (2004): Maßnahmen und Politik der „Abteilung für berufliches Ausbildungswesen“ E IV im Reichserziehungsministerium 1934–1944. In: Ritzi, C./Wiegmann, U. (Hrsg.): Behörden und pädagogische Verbände im Nationalsozialismus – Zwischen Anpassung, Gleichschaltung und Auflösung. Bad Heilbrunn: Klinkhardt, S. 33–88.
- Seitter, W. (<sup>2</sup>1999): Geschichte der Erwachsenenbildung. In: Harney, K./Krüger, H.-H.: Einführung in die Geschichte von Erziehungswissenschaft und Erziehungswirklichkeit. Opladen: Leske und Budrich, S. 311–330.
- Simon, O. (Hrsg.) (1990): Die Fachbildung des preußischen Gewerbe- und Handelsstandes im 18. und 19. Jahrhundert nach den Bestimmungen des Gewerberechts und der Verfassung des gewerblichen Unterrichtswesens. (Unveränderter Nachdruck der Ausgabe Berlin 1902 in zwei Bänden) Bd. II. Köln/Wien: Böhlau.
- Wehrmeister, F. (1995): Fortbildungsschule in Sachsen I. Allgemeine und gewerbliche Fortbildungsschule in Sachsen im Spannungsfeld schulpolitischer und gewerblicher Interessen (1815–1933). Frankfurt a.M. 1995: Lang.
- Wittig-Goetz, U. (2001): Entstehung und Entwicklung der Frankfurter Fortbildungsschule im Spannungsfeld von ökonomischen, sozialen, politischen und ideologischen Interessen. In: Lipsop, I. (Hrsg.): „Vom Handlungsgehilfen zur Managerin“. Ein Jahrhundert der kaufmännischen Professionalisierung in Wissenschaft und Praxis am Beispiel Frankfurt am Main. Frankfurt a.M.: Verl. der Ges. zur Förderung Arbeitsorientierter Forschung und Bildung, S. 203–218.
- Wolsing, T. (1977): Untersuchungen zur Berufsausbildung im Dritten Reich. Kastellaun: Henn.

#### Quellen (mit Kurztiteln)

- Anhaltisches Staatsministerium, Abteilung Volksbildung 1938: Schreiben des anhaltischen Staatsministerium, Abteilung Volksbildung an das REM vom 15. Februar 1938, BARCH, R 4901–6694, Bl. 199.
- Badisches Ministerium des Kultus und Unterrichts 1937: Auszug aus dem Amtsblatt Nr. 27 vom 10. Dezember 1937, BARCH, R 4901–6694, Bl. 182.
- Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus 1937: Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus an das REM vom 22. März 1937, BARCH, R 4901–6696, Bl. 3ff.
- Berufsgrundbildungsjahr-Anrechnungs-Verordnung 1978: Berufsgrundbildungsjahr-Anrechnungs-Verordnung vom 06.07.1978. In: Höpke, I. (1980): Rechtliche Grundlagen zum Berufsgrundbildungsjahr – schulisch und kooperativ – in den Ländern. Berlin: Bundesinstitut für Berufsbildung, S. 19.
- DATSCH 1: Schreiben des DATSCH an das REM vom 28. April 1936, BARCH, R 4901–6694, Bl. 61ff.
- DATSCH 2: Schreiben des DATSCH an das REM vom 12. Mai 1937, BARCH, R 4901–6694, Bl. 127f.

- Federle, S. (1936): Aktenvermerk vom 27. Juli 1936, BARCH, R 4901–6694, Bl. 77f.
- Federle, S. (1937): Reichseinheitliche Benennung im Berufs- und Fachschulwesen. Sonderdruck aus: Deutsche Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. H. 22, S. 212ff., BARCH, R 4901–6694, Bl. 178f.
- KMK 1959: KMK-Beschluss vom 24./25.9.1959;
- KMK 1969: KMK-Beschluss vom 6.2.1969;
- KMK 1973: KMK-Rahmenvereinbarungen vom 6.9.73;
- KMK 1978: KMK-Rahmenvereinbarung vom 19.5.78.
- In: Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder der BRD (Hrsg.): Beschlüsse der Kultusministerkonferenz berufliche Bildung. Ergänzbare Sammlung der Beschlüsse der Kultusministerkonferenz zur beruflichen Bildung mit Bundesverordnungen über die Berufsausbildung. Neuwied: Luchterhand.
- Ministerpräsidentenkonferenz 1968: Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 13.10. 1968. In: Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder der BRD (Hrsg.): Beschlüsse der Kultusministerkonferenz berufliche Bildung. Ergänzbare Sammlung der Beschlüsse der Kultusministerkonferenz zur beruflichen Bildung mit Bundesverordnungen über die Berufsausbildung. Neuwied: Luchterhand.
- Oberbürgermeister der Hauptstadt der Bewegung 1937: Bericht des Oberbürgermeisters der Hauptstadt der Bewegung vom 26. Januar 1937, BARCH, R 4901–6696, Bl. 18ff.
- Reichskanzlei 1941: Akten der Reichskanzlei: Verzeichnis der Fachschulen, deren Abschlusszeugnis zum Eintritt in die Laufbahn des gehobenen Dienstes berechtigt. BARCH, R 43 II/951c, Bl. 58.
- Reichsstelle für Schulwesen (1941): Wegweiser durch das gewerbliche Berufs- und Fachschulwesen des Deutschen Reiches, Schuljahr 1938. Langensalza: Julius Beltz.
- Reichs- und Preußischer Wirtschaftsminister 1937: Schreiben des Reichs- und Preußischen Wirtschaftsministers an das REM vom 4. Februar 1937, BARCH, R 4901–6696, Bl. 137.
- REM 1: Schreiben des Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an die Unterrichtsverwaltungen der Länder vom 29. Oktober 1937, BARCH, R 4901–6694, Bl. 155.
- REM 2: Schreiben des Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an die Unterrichtsverwaltungen der Länder vom 31. Oktober 1935, BARCH, NS 12–1348, Bl. 1–5.
- REM 3: Schreiben des Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an die Unterrichtsverwaltungen der Länder vom April 1936, BARCH, R 4901–6694, Bl. 73ff.
- REM 4: Aktenvermerk des Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom Februar 1936 BARCH, R 4901–6694, Bl. 47.
- REM 5: Schreiben des Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an die Unterrichtsverwaltungen der Länder vom Oktober 1936, BARCH, R 4901–6694, Bl. 107ff.
- REM 6: Schreiben des Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 29. Dezember 1936, BARCH, R 4901–6696, Bl. 2.
- REM 7: Schreiben des Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an die Unterrichtsverwaltungen der Länder vom 27. Juli 1939, BARCH, R 4901–6694, Bl. 304.
- REM 8: Schreiben des Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an die Unterrichtsverwaltungen der Länder vom 23. August 1938, BARCH, R 4901–6694, Bl. 222.
- REM 9: Schreiben des Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an die Unterrichtsverwaltungen der Länder vom 29. November 1938, BARCH, R 4901–6694, Bl. 252.

Sächsisches Ministerium für Volksbildung 1937: Schreiben des Reichsstatthalters in Sachsen, Ministerium für Volksbildung an das REM vom 25. Februar 1937, BARCH, R 4901–6696, Bl. 25ff.

**Abstract:** *The differentiation between vocational schools, training colleges, and technical colleges goes back to an edict decreed by the German ministry for science, schooling, and national education in 1937. This edict, its origins and its long-term impact on the designation of vocational schools are examined and placed within a broader framework of development on the basis of documents provided by a research project sponsored by the German Research Association (DFG), i.e. the “Data Handbook on the History of German Education: Vol. V: The German Vocational School System, 1815-1945”.*

*Special emphasis is placed upon the relation between the classification which evolved during the 1930s, the increase in functions served by the vocational schools, and their interconnection with the system of degrees and entitlements of the general schools.*

*Anschrift der Autorinnen und Autoren:*

Prof. Dr. Klaus Harney/PD Dr. Ulrich G. Herrmann/Dr. Johannes Großewinkelmann/Claudia Schwankl, B. A./Henning Feldmann, M. A./Kerstin Peeters, M. A., Fakultät für Philosophie, Pädagogik und Publizistik, Lehrstuhl für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, 44780 Bochum.